

Udo Dittmann
c/o Fritz Bauer Freundeskreis
Große Straße 9
38116 Braunschweig
0531-57 69 42
udo.dittmann@t-online.de

Braunschweig, 19.07.2022

An den
Präsidenten des Landgerichts Braunschweig
Ingo Groß
Münzstraße 17
38100 Braunschweig

Betrifft: Anbringung einer Tafel zum Sondergericht Braunschweig am OLG Braunschweig

Sehr geehrter Herr Groß,

im Rahmen des Begleitprogramms der Fritz-Bauer-Ausstellung „Der Staatsanwalt“, die vom 31.10.2021- 2.01.2022 im Städtischen Museum in Braunschweig gezeigt wurde, hatte ich einen „Stadtrundgang zu Fritz Bauer“ angeboten. Eine der Stationen war das Landgericht, in dem Bauer 1952 den „Remer-Prozess“ durchgeführt hatte. Eine Saalumbenennung des Schwurgerichtssaales, in dem der Prozess stattgefunden hatte, nach Fritz Bauer, ist bisher leider abgelehnt worden – im Unterschied zu anderen Städten wie Frankfurt oder Stuttgart, wo solche Saalumbenennungen nach Fritz Bauer erfolgt sind. In dem Landgericht war in der NS-Zeit auch das Sondergericht untergebracht, das wesentlich für den Terror im Land Braunschweig verantwortlich war.

Bei den Vorbereitungen für den Stadtrundgang stieß ich auf ein Schreiben des Friedenszentrums Braunschweig aus dem Jahr 2012, das schon damals eine Tafel am Landgericht anbringen lassen wollte, auf der auf die Tätigkeit des Sondergerichts hingewiesen werden sollte. Der Vorschlag lautete:

*IN DIESEM GEBÄUDE TAGTE VON 1933 BIS 1945
DAS NATIONALSOZIALISTISCHE ‚SONDERGERICHT BRAUNSCHWEIG‘.
SEINE RICHTER VERSAHEN DAS UNRECHT MIT DEM SCHEIN DES RECHTS,
UM POLITISCHE GEGNER UND MINDERHEITEN
BRUTAL ZU UNTERDRÜCKEN UND IN VIELEN FÄLLEN ZU ERMORDEN.
DAS SONDERGERICHT FÄLLTE 92 TODESURTEILE.
NACH DEM KRIEG ARBEITETE HIER GENERALSTAATSANWALT FRITZ BAUER
FÜR AUFKLÄRUNG UND SÜHNE DER VERBRECHEN.*

Für mich ist es eine Frage, weshalb das Landgericht seit über 10 Jahren dieses Anliegen des Friedenszentrums nicht aufgegriffen und umgesetzt hat. Ich selber hatte 2012 den Vorschlag zur Benennung des Fritz Bauer Platzes vor der Generalstaatsanwaltschaft in den Bezirksrat Mitte eingebracht und schon nach wenigen Wochen eine positive Antwort erhalten. Ich hatte somit erlebt, wie schnell Entscheidungen (auch in Behörden) getroffen werden können, wenn der politische Wille da ist.

Das Friedenszentrum hatte schon viele Vorschläge für andere Gedenktafeln gemacht, die jeweils recht bald umgesetzt wurden (z.B. am Volksfreundhaus, AOK-Gebäude und zuletzt in der Buchhorst). Nur bei der Tafel zum Sondergericht am Gebäude des Landgerichts scheint es nicht zu klappen.

Weshalb es so schwierig ist, kann ich mir nicht erklären. Dabei ist gerade das Sondergericht Braunschweig ein besonders problematischer Fall, da hier in subtiler und perfider Weise im Namen des Rechts ein Terror ausgeübt wurde, der neben SA, SS und Gestapo wesentlich zur Herrschaft der Nationalsozialisten beitrug. Es sind nicht nur die 92 Todesurteile, sondern der Terror auf der Grundlage des „Heimtücke-Gesetzes“ und der „Volksschädlinge-Verordnung“, die für Angst und Schrecken sorgten. Für Freisler waren gerade die Sondergerichte „die Panzertruppe der Justiz“.

Dies Kapitel ist noch wenig aufgearbeitet und noch weniger in der Öffentlichkeit bekannt. Immerhin gibt es das Buch „Es sei also jeder gewarnt...“ von Hans-Ulrich Ludewig und Dietrich Küssner über das Sondergericht Braunschweig aus dem Jahr 2000, das einen guten Überblick gibt.

Allerdings wäre es wünschenswert, wenn es zum Beispiel auch eine Broschüre gäbe, die in populärer Weise über das Sondergericht berichtet. Das Anbringen einer Tafel wäre ein weiterer wichtiger Beitrag, um auf das fast völlig vergessene Kapitel hinzuweisen. Ein Bezug zu Fritz Bauer wäre dabei naheliegend, da er selber später mit Urteilen des Sondergerichts Braunschweig zu tun hatte und auf deren Unrechtscharakter hinwies.

Ich würde mich freuen, wenn es umgehend zur Anbringung einer Tafel zum Sondergericht käme – auch um aufzuzeigen, welche Irrwege eine Justiz gehen kann. Es wäre schade, wenn sich die Justiz einem solchen Anliegen verschließen würde. Sicher ist es eine Frage des politischen Willens. Die bisher vergeblichen Versuche des Friedenszentrums seit 10 Jahren zeigen leider, dass die Brisanz des Themas vielleicht immer noch nicht genügend wahrgenommen wurde.

Mit freundlichen Grüßen
Udo Dittmann